

MEDIENMITTEILUNG

St.Gallen, 14. Juni 2013

Gegenvorschlag zieht der Initiative den Zahn

Das St.Galler Stadtparlament hat erkannt, dass die Förderung des gemeinnützigen Wohnbaus wichtig ist und die Initiative der SP weitgehend gutgeheissen. Allerdings ist der vom Parlament verabschiedete Gegenvorschlag in einem existenziellen Punkt nicht akzeptabel. Es besteht die Gefahr, dass im entscheidenden Moment die finanziellen Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden. Damit besteht die Gefahr, dass die Vorlage zum Papiertiger wird.

Die SP-Initiative zur „Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus“ verlangt, dass ein Fonds von 10 Millionen Franken eingerichtet wird, mit dem die Wohnbaugenossenschaften bei Neubauprojekten unterstützt werden. Der Mieterinnen- und Mieterverband Ostschweiz unterstützt die Initiative. Auch das Stadtparlament hat erkannt, dass die Förderung des gemeinnützigen Wohnbaus wichtig ist und stellt der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüber. Im Gegenvorschlag ist aber der Fonds nicht mehr enthalten, die nötigen Mittel sollen aus dem laufenden Budget finanziert werden. Damit besteht die Gefahr, dass das Gesetz zu einem Papiertiger wird.

Ein Ziel der Initiative ist, die Chancen der Genossenschaften auf dem Liegenschaftenmarkt zu verbessern. Da sie nicht gewinnorientiert arbeiten – und deshalb auch sehr günstige Mieten anbieten können – haben sie nur wenig finanzielle Mittel, um sich gegenüber den grossen Investoren behaupten zu können. Mittlerweile sind auch in St.Gallen finanzkräftige Firmen tätig, welche sich auf die Immobilienentwicklung spezialisiert haben. Sind Grundstücke oder grössere Liegenschaften auf dem Markt, sind diese schnell zur Stelle und können ein Angebot machen. Hier sind die Genossenschaften meist zu spät, weil sie zuerst die Finanzierung in die Wege leiten müssen. In diese Lücke müsste der Fonds springen, welcher von der Initiative gefordert wird. Besteht dieser Fonds nicht, ist die Gefahr ungleich höher, dass eine Finanzzusage durch die politischen Gremien nicht erfolgt, weil sie das ordentliche Budget belasten. Steht Geld für den vorgesehenen Zweck bereits zur Verfügung, fällt eine Zusage deutlich leichter.

Der Stadtrat kritisierte, dass die Höhe des Fonds nicht nachvollziehbar und er unter Umständen sehr schnell aufgebraucht sei. Das ist nicht ganz falsch. Die Schlussfolgerung müsste aber wenn schon sein, den Fonds zu erhöhen. Ihn nicht zu äuffnen zieht der Initiative den Zahn. Zeigt sich nach Annahme der Initiative, dass das Modell sehr erfolgreich und der Fonds schnell aufgebraucht ist, kann das Stadtparlament problemlos weitere Einlagen beschliessen. Massgebend ist aber, dass die Mittel rasch zur Verfügung stehen, wenn die Kriterien des Reglementes erfüllt sind.